

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Übereinkommen vom 6. November 1992

über den Beitritt der Griechischen Republik

zu dem Schengener Übereinkommen vom 19. Juni 1990

(Gesetz zum Beitritt der Griechischen Republik zum Schengener Übereinkommen)

A. Zielsetzung

Das Schengener Übereinkommen vom 19. Juni 1990 regelt die vollständige Aufhebung aller Personenkontrollen an den Binnengrenzen der Vertragsstaaten sowie die Ausgleichsmaßnahmen, die notwendig sind, damit Sicherheitseinbußen durch den Verzicht auf Grenzkontrollen im Interesse der Bürger nicht entstehen. In Artikel 140 sieht das Übereinkommen vor, daß jeder Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft diesem Übereinkommen beitreten kann. Der Beitritt wird in einem Übereinkommen zwischen diesem Staat und den Vertragsparteien geregelt. Die Italienische Republik, das Königreich Spanien und die Portugiesische Republik sind dem Übereinkommen bereits beigetreten. Mit dem am 6. November 1992 unterzeichneten Übereinkommen ist die Griechische Republik dem Übereinkommen von 1990 beigetreten.

B. Lösung

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen die Voraussetzungen für die Ratifizierung des Übereinkommens vom 6. November 1992 geschaffen werden. Es bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes als Voraussetzung für die Hinterlegung der Ratifikationsurkunde der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Zusätzliche Kosten entstehen in Höhe der erforderlichen Aufwendungen für räumliche Veränderungen in den von den Schengen-Organen benutzten Gebäuden sowie durch die Einstellung von griechischem Personal bei den Schengen-Organen. Dem Bund werden durch den Beitritt Mehrkosten für das Schengen-Sekretariat von ca. 120 000 DM entstehen. Für das Schengener Informationssystem ist der Beitritt kostenneutral. Inwieweit der Beitritt sich kostenmäßig auf andere Ausgleichsmaßnahmen auswirkt, ist zur Zeit noch nicht bezifferbar.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (32) – 680 17 – Sche 15/95

Bonn, den 5. Mai 1995

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 6. November 1992 über den Beitritt der Griechischen Republik zu dem Schengener Übereinkommen vom 19. Juni 1990 betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 680. Sitzung am 17. Februar 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf, wie aus Anlage 2 ersichtlich, Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf
Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 6. November 1992
über den Beitritt der Griechischen Republik
zu dem Schengener Übereinkommen vom 19. Juni 1990
(Gesetz zum Beitritt der Griechischen Republik zum Schengener Übereinkommen)

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem folgenden Übereinkommen wird zugestimmt:

dem in Madrid am 6. November 1992 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über den Beitritt der Griechischen Republik zu dem am 19. Juni 1990 in Schengen unterzeichneten Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (BGBl. 1993 II S. 1010), dem die Italienische Republik mit dem am 27. November 1990 in Paris unterzeichneten Übereinkommen sowie die Portugiesische Republik und das Königreich Spanien mit den am 25. Juni 1991 in Bonn unterzeichneten Übereinkommen beigetreten sind (BGBl. 1993 II S. 1902), sowie der Gemeinsamen Erklärung über die kurzfristigen Maßnahmen nach Titel I des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 und den in der Schlußakte vom 6. November 1992 enthaltenen Erklärungen.

Das Übereinkommen mit der Schlußakte und der Gemeinsamen Erklärung über die kurzfristigen Maßnahmen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 6 Abs. 2 Satz 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

I. Allgemeines

Am 14. Juni 1985 haben die Regierungen der BENELUX-Staaten, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland in dem luxemburgischen Ort Schengen ein Übereinkommen geschlossen, das an den gemeinsamen Binnengrenzen dieser Staaten den Abbau der Personenkontrollen und der Kontrollen des mit dem Personenverkehr verbundenen Warenverkehrs mit dem Ziel einer vollständigen Beseitigung der Kontrollen vorsieht. Ziel des am 19. Juni 1990 in Schengen unterzeichneten Übereinkommens, dem der Bundestag am 17. Juni 1993 und der Bundesrat am 9. Juli 1993 in der Form eines Bundesgesetzes zugestimmt haben (BGBl. 1993 II S. 1010), ist es, in Europa einen Raum ohne Binnengrenzen zu schaffen, ohne daß Sicherheitseinbußen entstehen. Zu diesem Zweck sieht das Übereinkommen vom 19. Juni 1990 zahlreiche Ausgleichsmaßnahmen vor. In Artikel 140 sieht das Übereinkommen vor, daß jeder Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft diesem Übereinkommen beitreten kann. Der Beitritt wird in einem Übereinkommen zwischen diesem Staat und den Vertragsparteien geregelt. Bereits beigetreten sind dem Übereinkommen von 1990 Italien am 27. November 1990 sowie Spanien und Portugal am 25. Juni 1991. Das Zustimmungsgesetz zu den Beitrittsübereinkommen wurde vom Bundestag ebenfalls am 17. Juni 1993 beschlossen. Am 6. November 1992 ist Griechenland dem Übereinkommen beigetreten.

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Absatz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen über den Beitritt nach seinem Artikel 6 Abs. 2 Satz 1 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

III. Schlußbemerkung

Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Übereinkommen
über den Beitritt der Griechischen Republik
zu dem am 19. Juni 1990 in Schengen unterzeichneten Übereinkommen
zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985
zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion,
der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen,
dem die Italienische Republik
mit dem am 27. November 1990 in Paris unterzeichneten Übereinkommen
sowie die Portugiesische Republik und das Königreich Spanien
mit den am 25. Juni 1991 in Bonn unterzeichneten Übereinkommen beigetreten sind

Accord d'Adhésion
de la République hellénique
à la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985
entre les Gouvernements des Etats de l'Union économique Benelux,
de la République fédérale d'Allemagne et de la République française
relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes
signée à Schengen le 19 juin 1990, à laquelle ont adhéré
la République italienne par l'Accord signé à Paris le 27 novembre 1990
et le Royaume d'Espagne et la République portugaise
par les Accords signés à Bonn le 25 juin 1991

Συμφωνία Προσχώρησης
της Ελληνικής Δημοκρατίας
στη Σύμβαση εφαρμογής της από 14ης Ιουνίου 1985 Συμφωνίας του Schengen
μεταξύ των Κυβερνήσεων των Κρατών της Οικονομικής Ενώσεως Benelux,
της Ομοσπονδιακής Δημοκρατίας της Γερμανίας και της Γαλλικής Δημοκρατίας
σχετικά με τη σταδιακή κατάργηση των ελέγχων στα κοινά σύνορα,
η οποία υπεγράφη στο Schengen την 19η Ιουνίου 1990, στην οποία προσεχώρησαν
η Ιταλική Δημοκρατία με Συμφωνία,
η οποία υπεγράφη στο Παρίσι την 27η Νοεμβρίου 1990
και το Βασίλειο της Ισπανίας και η Δημοκρατία της Πορτογαλίας
με Συμφωνίες, οι οποίες υπεγράφησαν στη Βόννη την 25η Ιουνίου 1991

Das Königreich Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, das Großherzogtum Luxemburg und das Königreich der Niederlande, Vertragsparteien des am 19. Juni 1990 in Schengen unterzeichneten Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der

Le Royaume de Belgique, la République fédérale d'Allemagne, la République française, le Grand-Duché de Luxembourg et le Royaume des Pays-Bas, Parties de la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 entre les Gouvernements des Etats de l'Union économique Benelux, de la République fédérale d'Allemagne et de la République française relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes signée à Schengen le 19 juin 1990, ci-après dénommée «la

Το Βασίλειο του Βελγίου, η Ομοσπονδιακή Δημοκρατία της Γερμανίας, η Γαλλική Δημοκρατία, το Μεγάλο Δουκάτο του Λουξεμβούργου και το Βασίλειο των Κάτω Χωρών, μέρη της Συμβάσεως εφαρμογής της Συμφωνίας του Schengen της 14ης Ιουνίου 1985 μεταξύ των Κυβερνήσεων των Κρατών της Οικονομικής Ενώσεως Benelux, της Ομοσπονδιακής Δημοκρατίας της Γερμανίας και της Γαλλικής Δημοκρατίας σχετικά με τη σταδιακή κατάργηση των ελέγχων στα κοινά σύνορα, η οποία υπε-

Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, nachfolgend „das Übereinkommen von 1990“ genannt, und die Italienische Republik, die dem Übereinkommen von 1990 mit dem am 27. November 1990 in Paris unterzeichneten Übereinkommen beigetreten ist, sowie die Portugiesische Republik und das Königreich Spanien, die dem Übereinkommen von 1990 mit dem am 25. Juni 1991 in Bonn unterzeichneten Übereinkommen beigetreten sind, einerseits

und die Griechische Republik andererseits

angesichts der Unterzeichnung am sechsten November neunzehnhundertzweiundneunzig in Madrid des Protokolls über den Beitritt der Regierung der Griechischen Republik zu dem Übereinkommen von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, in der Fassung des am 27. November 1990 in Paris unterzeichneten Protokolls über den Beitritt der Regierung der Italienischen Republik sowie der am 25. Juni 1991 in Bonn unterzeichneten Protokolle über den Beitritt der Regierungen der Portugiesischen Republik und des Königreichs Spanien,

gestützt auf Artikel 140 des Übereinkommens von 1990, sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Durch dieses Übereinkommen tritt die Griechische Republik dem Übereinkommen von 1990 bei.

Artikel 2

(1) Für die Griechische Republik sind die Beamten nach Artikel 40 Absatz 4 des Übereinkommens von 1990: die Polizeibeamten der „Ελληνική Αστυνομία“ und des „Λιμενικό Σώμα“, im Rahmen ihrer Kompetenzen, sowie unter den in geeigneten bilateralen Vereinbarungen nach Artikel 40 Absatz 6 des Übereinkommens von 1990 festgelegten Bedingungen in bezug auf ihre Befugnisse im Bereich des unerlaubten Verkehrs mit Betäubungsmitteln, des unerlaubten Handels mit Waffen und Sprengstoffen und des unerlaubten Verkehrs mit giftigen und schädlichen Abfällen, die der Zollverwaltung zugeordneten Beamten.

(2) Für die Griechische Republik ist die Behörde nach Artikel 40 Absatz 5 des Übereinkommens von 1990: „Διεύθυνση Διεθνούς Αστυνομικής Συνεργασίας του Υπουργείου Δημοσίας Τάξεως“.

Convention de 1990», ainsi que la République italienne qui a adhéré à la Convention de 1990 par l'Accord signé à Paris le 27 novembre 1990 et le Royaume d'Espagne et la République portugaise qui ont adhéré à la Convention de 1990 par les Accords signés à Bonn le 25 juin 1991, d'une part,

et la République hellénique, d'autre part,

eu égard à la signature, intervenue à Madrid le 6 novembre mil neuf cent quatre-vingt-douze, du Protocole d'adhésion du Gouvernement de la République hellénique à l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 entre les Gouvernements des Etats de l'Union économique Benelux, de la République fédérale d'Allemagne et de la République française relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, tel qu'amendé par le protocole d'adhésion du Gouvernement de la République italienne signé à Paris le 27 novembre 1990 et les Protocoles d'adhésion du Royaume d'Espagne et de la République portugaise signés à Bonn le 25 juin 1991,

Se fondant sur l'article 140 de la Convention de 1990,

sont convenus de ce qui suit:

Article premier

Par le présent Accord, la République hellénique adhère à la Convention de 1990.

Article 2

1. Les agents visés à l'article 40 paragraphe 4 de la Convention de 1990 sont, en ce qui concerne la République hellénique: le personnel policier de l' „Ελληνική Αστυνομία“ et le „Λιμενικό Σώμα“, chacun selon ses compétences, ainsi que, dans les conditions fixées par accords bilatéraux appropriés visés à l'article 40 paragraphe 6 de la Convention de 1990, en ce qui concerne leurs attributions touchant au trafic illicite de stupéfiants et substances psychotropes, au trafic d'armes et d'explosifs et au transport illicite de déchets toxiques et nuisibles, les fonctionnaires dépendant de l'Administration des douanes.

2. L'autorité visé à l'article 40 paragraphe 5 de la Convention de 1990 est, en ce qui concerne la République hellénique: „Διεύθυνση Διεθνούς Αστυνομικής Συνεργασίας του Υπουργείου Δημοσίας Τάξεως“.

γράφη στο Schengen την 19η Ιουνίου 1990, στο εξής καλούμενη „η Σύμβαση του 1990“ καθώς και η Ιταλική Δημοκρατία, η οποία προσεχώρησε στην Σύμβαση του 1990 με Συμφωνία η οποία υπεγράφη στο Παρίσι την 27η Νοεμβρίου 1990 καθώς και το Βασίλειο της Ισπανίας και η Δημοκρατία της Πορτογαλίας που προσχώρησαν στην Σύμβαση του 1990 με συμφωνίες οι οποίες υπεγράφησαν στη Βόνη την 25η Ιουνίου 1991, αφ'ενός,

και η Ελληνική Δημοκρατία, αφ'ετέρου,

Λαμβάνοντας υπόψη την υπογραφή, η οποία έλαβε χώρα στη Μαδρίτη την 6η Νοεμβρίου 1992, του Πρωτοκόλλου προσχώρησης της Κυβερνήσεως της Ελληνικής Δημοκρατίας στη Συμφωνία του Schengen της 14ης Ιουνίου 1985 μεταξύ των Κυβερνήσεων των Κρατών της Οικονομικής Ενώσεως Benelux, της Ομοσπονδιακής Δημοκρατίας της Γερμανίας και της Γαλλικής Δημοκρατίας σχετικά με τη σταδιακή κατάργηση των ελέγχων στα κοινά σύνορα, ως τροποποιήθηκε από το Πρωτόκολλο προσχώρησης της Κυβερνήσεως της Ιταλικής Δημοκρατίας, που υπεγράφη στο Παρίσι την 27η Νοεμβρίου 1990 και από τα Πρωτόκολλα προσχώρησης του Βασιλείου της Ισπανίας και της Δημοκρατίας της Πορτογαλίας, τα οποία υπεγράφησαν στη Βόνη

Βάσει του άρθρου 140 της Συμβάσεως του 1990,

συνεφώνησαν τα ακόλουθα:

Άρθρο 1

Με την παρούσα Συμφωνία η Ελληνική Δημοκρατία προσχωρεί στη Σύμβαση του 1990.

Άρθρο 2

1. Τα όργανα που αναφέρονται στο άρθρο 40 παράγραφος 4 της Συμβάσεως του 1990 είναι, όσον αφορά την Ελληνική Δημοκρατία: το αστυνομικό προσωπικό της Ελληνικής Αστυνομίας και τα όργανα του Λιμενικού Σώματος, ανάλογα με τις αρμοδιότητές τους, ως επίσης, σύμφωνα με τις προϋποθέσεις που καθορίζονται με συναφείς διμερείς συμφωνίες που αναφέρονται στο άρθρο 40 παράγραφος 6 της Συμβάσεως του 1990, όσον αφορά τα καθήκοντά τους σχετικά με την παράνομη διακίνηση ναρκωτικών και ψυχοτρόπων ουσιών, με το εμπόριο όπλων και εκρηκτικών και την παράνομη μεταφορά τοξικών και βλαβερών αποβλήτων, οι υπάλληλοι οι οποίοι υπάγονται στην Τελωνειακή Υπηρεσία.

2. Η αρχή που αναφέρεται στο άρθρο 40 παράγραφος 5 της Συμβάσεως του 1990 είναι, όσον αφορά την Ελληνική Δημοκρατία: η Διεύθυνση Διεθνούς Αστυνομικής Συνεργασίας του Υπουργείου Δημοσίας Τάξεως.

Artikel 3

Für die Griechische Republik ist das nach Artikel 65 Absatz 2 des Übereinkommens von 1990 zuständige Ministerium: das Justizministerium.

Artikel 4

In den Beziehungen zu den Vertragsparteien des Übereinkommens von 1990 wird die Griechische Republik die von ihr zu den Artikeln 7, 18 und 19 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 angemeldeten Vorbehalte nicht anwenden.

Artikel 5

In den Beziehungen zu den Vertragsparteien des Übereinkommens von 1990 wird die Griechische Republik die von ihr zu den Artikeln 4 und 11 des Europäischen Übereinkommens über Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 angemeldeten Vorbehalte nicht anwenden.

Artikel 6

(1) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der Regierung des Großherzogtums Luxemburg hinterlegt; diese notifiziert allen Vertragsparteien die Hinterlegung.

(2) Dieses Übereinkommen tritt in Kraft am ersten Tag des zweiten Monats nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden durch die Staaten, in denen das Übereinkommen von 1990 in Kraft getreten ist, und durch die Griechische Republik.

Für die übrigen Staaten tritt das Übereinkommen am ersten Tag des zweiten Monats nach Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden in Kraft, sofern dieses Übereinkommen gemäß den Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes in Kraft getreten ist.

(3) Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg notifiziert allen Vertragsparteien das Datum des Inkrafttretens.

Artikel 7

(1) Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg übermittelt der Regierung der Griechischen Republik eine beglaubigte Abschrift des Übereinkommens von 1990 in deutscher, französischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache.

(2) Der Wortlaut des Übereinkommens von 1990 in griechischer Sprache ist diesem Übereinkommen beigelegt und ist gleichermaßen verbindlich wie der Wortlaut des Übereinkommens von 1990 in deutscher,

Article 3

Le ministère compétent visé à l'article 65 paragraphe 2 de la Convention de 1990 est, en ce qui concerne la République hellénique: le Ministère de la Justice.

Article 4

Pour les besoins de l'extradition entre les Parties Contractantes de la Convention de 1990, la République hellénique n'appliquera pas les réserves qu'elle a formulées au sujet des articles 7, 18 et 19 de la Convention européenne d'extradition du 13 décembre 1957.

Article 5

Pour les besoins de l'entraide judiciaire en matière pénale entre les Parties Contractantes de la Convention de 1990, la République hellénique n'appliquera par la réserve quelle a formulée au sujet des articles 4 et 11 de la Convention européenne d'entraide judiciaire en matière pénale du 20 avril 1959.

Article 6

1. Le présent Accord sera soumis à ratification, approbation ou acceptation. Les instruments de ratification, d'approbation ou d'acceptation seront déposés auprès du Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg; celui-ci notifie le dépôt à toutes les Parties Contractantes.

2. Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit le dépôt des instruments de ratification, d'approbation ou d'acceptation par les Etats pour lesquels la Convention de 1990 est entrée en vigueur et par la République hellénique.

A l'égard des autres Etats, le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit le dépôt de leurs instruments de ratification, d'approbation ou d'acceptation, pour autant que le présent Accord soit entré en vigueur conformément aux dispositions de l'alinéa précédent.

3. Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg notifie la date de l'entrée en vigueur à chacune des Parties Contractantes.

Article 7

1. Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg remet au Gouvernement de la République hellénique une copie certifiée conforme de la Convention de 1990 en langues allemande, espagnole, française, italienne, néerlandaise et portugaise.

2. Le texte de la Convention de 1990, établi en langue grecque, est annexé au présent Accord et fait foi dans les mêmes conditions que les textes de la Convention de 1990 établis en langues allemande, es-

Άρθρο 3

Το αρμόδιο υπουργείο που αναφέρεται στο άρθρο 65 παράγραφος 2 της Συμβάσεως του 1990 είναι για την Ελληνική Δημοκρατία: το Υπουργείο Δικαιοσύνης.

Άρθρο 4

Για τις ανάγκες της εκδόσεως μεταξύ των συμβαλλομένων μερών της Συμβάσεως του 1990, η Ελληνική Δημοκρατία δεν θα εφαρμόσει τις επιφυλάξεις, τις οποίες διέτύπωσε σχετικά με τα άρθρα 7, 18 και 19 της Ευρωπαϊκής Συμβάσεως περί Εκδόσεως της 13ης Δεκεμβρίου 1957.

Άρθρο 5

Για τις ανάγκες της δικαστικής συνδρομής στον ποινικό τομέα μεταξύ των συμβαλλομένων μερών της Συμβάσεως του 1990, η Ελληνική Δημοκρατία δεν θα εφαρμόσει την επιφύλαξη, την οποία διέτύπωσε σχετικά με τα άρθρα 4 και 11 της Ευρωπαϊκής Συμβάσεως Δικαστικής Συνδρομής στον ποινικό τομέα της 20ής Απριλίου 1959.

Άρθρο 6

1. Η παρούσα Συμφωνία υπόκειται σε κύρωση, έγκριση ή αποδοχή. Τα έγγραφα επικυρώσεως, εγκρίσεως ή αποδοχής κατέθενται στην Κυβέρνηση του Μεγάλου Δουκάτου του Λουξεμβούργου, η οποία γνωστοποιεί την κατάθεση σε όλα τα συμβαλλόμενα μέρη.

2. Η παρούσα Συμφωνία αρχίζει να ισχύει την πρώτη ημέρα του δεύτερου μηνός που ακολουθεί την κατάθεση των εγγράφων επικυρώσεως, εγκρίσεως ή αποδοχής εκ μέρους των κρατών έναντι των οποίων η Σύμβαση του 1990 έχει αρχίσει να ισχύει, και της Ελληνικής Δημοκρατίας.

Έναντι των άλλων κρατών, η παρούσα Συμφωνία θα αρχίσει να ισχύει την πρώτη ημέρα του δεύτερου μηνός που ακολουθεί την κατάθεση των εγγράφων επικυρώσεως, εγκρίσεως ή αποδοχής τους, εφόσον η παρούσα συμφωνία έχει αρχίσει να ισχύει κατά τις διατάξεις του προηγούμενου εδαφίου.

3. Η Κυβέρνηση του Μεγάλου Δουκάτου του Λουξεμβούργου γνωστοποιεί την ημερομηνία ενάρξεως ισχύος σε καθένα από τα συμβαλλόμενα μέρη.

Άρθρο 7

1. Η Κυβέρνηση του Μεγάλου Δουκάτου του Λουξεμβούργου διαβιβάζει στην Κυβέρνηση της Ελληνικής Δημοκρατίας ακριβές και επικυρωμένο αντίγραφο της Συμβάσεως του 1990 στη γαλλική, γερμανική, ισπανική, ιταλική, ολλανδική και πορτογαλική γλώσσα.

2. Το κείμενο της Συμβάσεως του 1990 στην ελληνική γλώσσα προσαρτάται στην παρούσα Συμφωνία και είναι εξίσου αυθεντικό με τα άλλα κείμενα της Συμβάσεως του 1990 στη γαλλική, γερμανική, ισπα-

französischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache.

pagnole, française, italienne, néerlandaise et portugaise.

νική, ιταλική, ολλανδική και πορτογαλική γλώσσα.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

Σε πίστωση των ανωτέρω, οι κάτωθι πληρεξούσιοι δεόντως εξουσιοδοτημένοι προς τούτο, έθεσαν την υπογραφή τους κάτω από την παρούσα Συμφωνία.

Geschehen zu Madrid am sechsten November neunzehnhundertzweiundneunzig in deutscher, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer, spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die bei der Regierung des Großherzogtums Luxemburg hinterlegt wird; diese übermittelt jeder Vertragspartei eine beglaubigte Abschrift.

Fait à Madrid, le six novembre mil neuf cent quatre-vingt-douze, en langues allemande, espagnole, française, grecque, italienne, néerlandaise et portugaise, les sept textes faisant également foi, en un exemplaire originale qui sera déposé dans les archives du Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, qui remettra une copie certifiée conforme à chacune des Parties Contractantes.

Έγινε στη Μαδρίτη την 6η Νοεμβρίου 1992, στην γαλλική, γερμανική, ελληνική, ισπανική, ιταλική, ολλανδική και πορτογαλική γλώσσα. Τα επτά κείμενα είναι εξίσου αυθεντικά, σε ένα πρωτότυπο στο οποίο κατατεθεί στα αρχεία της Κυβερνήσεως του Μεγάλου Δουκάτου του Λουξεμβούργου, το οποίο θα διαβιβάσει ακριβές και επικυρωμένο αντίγραφο σε κάθε συμβαλλόμενο μέρος.

Schlußakte

I. Bei der Unterzeichnung des Übereinkommens über den Beitritt der Griechischen Republik zu dem am 19. Juni 1990 in Schengen unterzeichneten Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, dem die Italienische Republik mit dem am 27. November 1990 in Paris unterzeichneten Übereinkommen sowie die Portugiesische Republik und das Königreich Spanien mit den am 25. Juni 1991 in Bonn unterzeichneten Übereinkommen beigetreten sind, macht sich die Griechische Republik die Schlußakte, das Protokoll und die Gemeinsame Erklärung der Minister und Staatssekretäre, die bei der Unterzeichnung des Übereinkommens von 1990 unterzeichnet wurden, zu eigen.

Die Griechische Republik schließt sich den darin enthaltenen gemeinsamen Erklärungen an und nimmt die darin enthaltenen einseitigen Erklärungen entgegen.

Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg übermittelt der Regierung der Griechischen Republik eine beglaubigte Abschrift der Schlußakte, des Protokolls und der Gemeinsamen Erklärung, die bei der Unterzeichnung des Übereinkommens von 1990 unterzeichnet wurden, in deutscher, französischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache.

Der griechische Wortlaut der Schlußakte, des Protokolls und der Gemeinsamen Erklärung, die bei der Unterzeichnung des Übereinkommens von 1990 unterzeichnet wurden, ist dieser Schlußakte beigefügt und ist gleichermaßen verbindlich wie der Wortlaut in deutscher, französischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache.

II. Bei der Unterzeichnung des Übereinkommens über den Beitritt der Griechischen Republik zu dem Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, dem die Italienische Republik mit dem am 27. November 1990 in Paris unterzeichneten Übereinkommen sowie die Portugiesische Republik und das Königreich Spanien

Acte Final

I. Au moment de la signature de l'Accord d'adhésion de la République hellénique à la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 entre les Gouvernements des Etats de l'Union économique Benelux, de la République fédérale d'Allemagne et de la République française relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, signée à Schengen le 19 juin 1990, à laquelle ont adhéré la République italienne par l'Accord d'adhésion signé à Paris le 27 novembre 1990, le Royaume d'Espagne et la République portugaise par les Accords d'adhésion signés à Bonn le 25 juin 1991, la République hellénique souscrit à l'Acte final, au Procès-verbal et à la Déclaration commune des Ministres et Secrétaires d'Etat signés au moment de la signature de la Convention de 1990.

La République hellénique souscrit aux Déclarations communes et prend note des Déclarations unilatérales qu'ils contiennent.

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg remet au Gouvernement de la République hellénique une copie certifiée conforme de l'Acte final, du Procès-verbal et de la Déclaration commune des Ministres et Secrétaires d'Etat signés au moment de la signature de la Convention de 1990, en langues allemande, espagnole, française, italienne, néerlandaise et portugaise.

Les textes de l'Acte final, du Procès-verbal et de la Déclaration commune des Ministres et Secrétaires d'Etat signés au moment de la signature de la Convention de 1990, établis en langue grecque, sont annexés au présent Acte final et font foi dans les mêmes conditions que les textes établis en langues allemande, espagnole, française, italienne, néerlandaise et portugaise.

II. Au moment de la signature de l'Accord d'adhésion de la République hellénique à la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 entre les Gouvernements des Etats de l'Union économique Benelux, de la République fédérale d'Allemagne et de la République française relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, signée à Schengen le 19 juin 1990, à laquelle la République italienne a adhéré par l'Accord signé à Paris le 27 novembre 1990 et le Royaume d'Espagne et la République portugaise par les Accords d'adhésion signés à Bonn le

Τελική Πράξη

I. Κατά την υπογραφή της Συμφωνίας προσχώρησης της Ελληνικής Δημοκρατίας στην Σύμβαση εφαρμογής της από 14 Ιουνίου 1985 Συμφωνίας του Schengen μεταξύ των Κυβερνήσεων των Κρατών της Οικονομικής Ενώσεως Benelux, της Ομοσπονδιακής Δημοκρατίας της Γερμανίας και της Γαλλικής Δημοκρατίας σχετικά με τη σταδιακή κατάργηση των ελέγχων στα κοινά σύνορα, η οποία υπεγράφη στο Schengen την 19η Ιουνίου 1990 και στην οποία προσχώρησαν η Ιταλική Δημοκρατία με τη Συμφωνία προσχώρησης η οποία υπεγράφη στο Παρίσι την 27η Νοεμβρίου 1990, το Βασίλειο της Ισπανίας και η Δημοκρατία της Πορτογαλίας με τις Συμφωνίες προσχώρησης που υπεγράφησαν στην Βόννη την 25η Ιουνίου 1991, η Ελληνική Δημοκρατία συνυπογράφει την Τελική Πράξη, τα Πρακτικά και την Κοινή Δήλωση των Υπουργών και Υφυπουργών, που υπεγράφησαν κατά την υπογραφή της Συμβάσεως του 1990.

Η Ελληνική Δημοκρατία συνυπογράφει τις κοινές δηλώσεις και λαμβάνει υπό σημείωση τις μονομερείς δηλώσεις που περιλαμβάνονται στις ανωτέρω πράξεις.

Η Κυβέρνηση του Μεγάλου Δουκάτου του Λουξεμβούργου διαβιβάζει στην Κυβέρνηση της Ελληνικής Δημοκρατίας ακριβές και επικυρωμένο αντίγραφο της Τελικής Πράξεως, των Πρακτικών και της Κοινής Δήλωσης των υπουργών και υφυπουργών, που υπεγράφησαν κατά την υπογραφή της Συμβάσεως του 1990, στην γαλλική, γερμανική, ισπανική, ιταλική, ολλανδική και πορτογαλική γλώσσα.

Τα κείμενα της Τελικής Πράξεως, των Πρακτικών και της Κοινής Δήλωσης των υπουργών και υφυπουργών, τα οποία υπεγράφησαν κατά την υπογραφή της Συμβάσεως του 1990, στην Ελληνική γλώσσα προσαρτώνται στην παρούσα Τελική Πράξη και είναι εξίσου αυθεντικά με τα κείμενα στην γαλλική, γερμανική, ισπανική, ιταλική, ολλανδική και πορτογαλική γλώσσα.

II. Κατά την υπογραφή της Συμφωνίας προσχώρησης της Ελληνικής Δημοκρατίας στην Σύμβαση Εφαρμογής της Συμφωνίας Schengen της 14ης Ιουνίου 1985 μεταξύ των Κυβερνήσεων των Κρατών Οικονομικής Ενώσεως Benelux, της Ομοσπονδιακής Δημοκρατίας της Γερμανίας και της Γαλλικής Δημοκρατίας σχετικά με τη σταδιακή κατάργηση των ελέγχων στα κοινά σύνορα, η οποία υπεγράφη στο Schengen την 19η Ιουνίου 1990, στην οποία η Ιταλική Δημοκρατία προσχώρησε με Συμφωνία η οποία υπεγράφη στο Παρίσι την 27η Νοεμβρίου 1990 και το Βασίλειο της Ισπανίας

mit den am 25. Juni 1991 in Bonn unterzeichneten Übereinkommen beigetreten sind, haben die Vertragsparteien die folgenden Erklärungen angenommen:

1. Gemeinsame Erklärung zu Artikel 6 des Beitrittsübereinkommens

Die Unterzeichnerstaaten unterrichten sich schon vor Inkrafttreten des Beitrittsübereinkommens über alle Umstände, die für die Vertragsmaterie des Übereinkommens von 1990 und für die Inkraftsetzung des Beitrittsübereinkommens von Bedeutung sind.

Das Beitrittsübereinkommen wird zwischen den Staaten, in denen das Übereinkommen in Kraft getreten ist, und der Griechischen Republik erst in Kraft gesetzt, wenn die Voraussetzungen der Anwendung des Übereinkommens von 1990 bei diesen Staaten gegeben sind und die Kontrollen an den Außengrenzen dort tatsächlich durchgeführt werden.

Für die übrigen Staaten tritt dieses Beitrittsübereinkommen erst in Kraft, wenn die Voraussetzungen der Anwendung des Übereinkommens von 1990 bei den Unterzeichnerstaaten dieses Beitrittsübereinkommens gegeben sind und die Kontrollen an den Außengrenzen dort tatsächlich durchgeführt werden.

2. Gemeinsame Erklärung zu Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens von 1990

Die Vertragsparteien stellen fest, daß zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Übereinkommens über den Beitritt der Griechischen Republik zu dem Übereinkommen von 1990 als gemeinsame Visumsregelung nach Artikel 9 Absatz 2 des Übereinkommens von 1990 die ab dem 19. Juni 1990 zwischen den Unterzeichnerstaaten des Übereinkommens von 1990 angewandte gemeinsame Visumsregelung gilt.

3. Gemeinsame Erklärung zum Datenschutz

Die Vertragsparteien nehmen zur Kenntnis, daß die Regierung der Griechischen Republik sich verpflichtet, vor der Ratifizierung des Übereinkommens über den Beitritt zu dem Übereinkommen von 1990 alle erforderlichen Initiativen zu ergreifen, um das griechische Recht entsprechend dem Übereinkommen des Europarats vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten und unter Beachtung der Empfehlung R (87) 15 des Ministerausschusses des Europarates über die Nutzung personenbezogener Daten im Polizeibereich vom 17. September 1987 dahingehend zu ergänzen, daß die Artikel 117 und 126 und die sonstigen da-

25 juin 1991, les Parties Contractantes ont adopté les Déclarations suivantes:

1. Déclaration commune concernant l'article 6 de l'Accord d'adhésion

Les Etats signataires s'informent mutuellement, dès avant l'entrée en vigueur de l'Accord d'adhésion, de toutes les circonstances qui revêtent une importance pour les matières visées par la Convention de 1990 et pour la mise en vigueur de l'Accord d'adhésion.

Le présent Accord d'adhésion n'entrera en vigueur entre les Etats pour lesquels la Convention de 1990 est entrée en vigueur et la République hellénique que lorsque les conditions préalables à l'application de la Convention de 1990 seront remplies dans ces Etats et que les contrôles aux frontières extérieures y seront effectifs.

A l'égard des autres Etats, le présent Accord d'adhésion n'entrera en vigueur que lorsque les conditions préalables à l'application de la Convention de 1990 seront remplies et que les contrôles aux frontières extérieures y seront effectifs.

2. Déclaration commune concernant l'article 9 paragraphe 2 de la Convention de 1990

Les Parties Contractantes précisent qu'au moment de la signature de l'Accord d'adhésion de la République hellénique à la Convention de 1990, le régime commun de visa auquel se réfère l'article 9 paragraphe 2 de la Convention de 1990 s'entend du régime commun aux Parties Signataires de ladite Convention appliqué à partir du 19 juin 1990.

3. Déclaration commune concernant la protection des données

Les Parties Contractantes prennent acte de ce que le Gouvernement de la République hellénique s'engage à prendre, avant la ratification de l'Accord d'adhésion à la Convention de 1990, toutes les initiatives nécessaires pour que la législation hellénique soit complétée conformément à la Convention du Conseil de l'Europe du 28 janvier 1981 pour la protection des personnes à l'égard du traitement automatisé des données à caractère personnel, et dans le respect de la Recommandation R (87) 15 du 17 septembre 1987 du Comité des Ministres du Conseil de l'Europe visant à réglementer l'utilisation des données à caractère personnel dans le secteur de la police, afin de donner entière applica-

kai η Δημοκρατία της Πορτογαλίας με Συμφωνίες προσχωρήσεως οι οποίες υπεγράφησαν στην Βόννη την 25η Ιουνίου 1991, τα συμβαλλόμενα μέρη υιοθέτησαν τις ακόλουθες Δηλώσεις.

1. Κοινή Δήλωση όσον αφορά το άρθρο 6 της Συμφωνίας προσχωρήσεως.

Τα υπογράφοντα κράτη ενημερώνονται αμοιβαία, ήδη πριν από την έναρξη ισχύος της Συμφωνίας προσχωρήσεως, σχετικά με όλες τις περιστάσεις που είναι σημαντικές για τους τομείς που περιέχονται στη Σύμβαση του 1990 και για την θέση σε ισχύ της Συμφωνίας προσχωρήσεως.

Η παρούσα Συμφωνία προσχωρήσεως θα τεθεί σε ισχύ μεταξύ των κρατών έναντι των οποίων έχει αρχίσει να ισχύει η Σύμβαση του 1990 και της Ελληνικής Δημοκρατίας, μόνον όταν θα πληρωθούν στα κράτη αυτά οι προϋποθέσεις που προαπαιτούνται της εφαρμογής της Συμβάσεως του 1990, οι δε έλεγχοι στα εξωτερικά σύνορα θα είναι στα κράτη αυτά αποτελεσματικοί.

Έναντι των άλλων κρατών, η παρούσα Συμφωνία προσχωρήσεως θα αρχίσει να ισχύει μόνο όταν πληρωθούν οι προϋποθέσεις που προαπαιτούνται της εφαρμογής της Συμβάσεως του 1990, οι δε έλεγχοι στα εξωτερικά σύνορα θα είναι στα κράτη αυτά αποτελεσματικοί.

2. Κοινή Δήλωση η οποία αφορά το άρθρο 9 παράγραφος 2 της Συμβάσεως του 1990.

Τα συμβαλλόμενα μέρη διευκρινίζουν ότι κατά την υπογραφή της Συμφωνίας προσχωρήσεως της Ελληνικής Δημοκρατίας στην Σύμβαση του 1990, το κοινό καθεστώς θεωρήσαν, στο οποίο αναφέρεται το άρθρο 9, παράγραφος 2 της Συμβάσεως του 1990, συνάδει προς το κοινό καθεστώς των υπογραφόντων μερών της εν λόγω Συμβάσεως που εφαρμόζεται από την 19η Ιουνίου 1990.

3. Κοινή Δήλωση σχετικά με την προστασία δεδομένων.

Τα συμβαλλόμενα μέρη λαμβάνουν γνώση ότι η Κυβέρνηση της Ελληνικής Δημοκρατίας αναλαμβάνει την υποχρέωση να λάβει πριν από την κύρωση της Συμφωνίας προσχωρήσεως στην Σύμβαση του 1990, όλες τις απαραίτητες πρωτοβουλίες για να συμπληρωθεί η ελληνική νομοθεσία, σύμφωνα με την Σύμβαση του Συμβουλίου της Ευρώπης της 28ης Ιανουαρίου 1981 για την προστασία των ατόμων από την αυτόματα επεξεργασία δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα και τηρουμένης της συστάσεως R (87) 15 της 17ης Σεπτεμβρίου 1987 της Επιτροπής Υπουργών του Συμβουλίου της Ευρώπης, που αποσκοπεί στη ρύθμιση της χρήσεως των δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα

tenschutzrechtlichen Bestimmungen des Übereinkommens von 1990 in vollem Umfang angewandt werden, mit dem Ziel, einen den einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens von 1990 entsprechenden Datenschutzstandard zu gewährleisten.

4. Gemeinsame Erklärung zu Artikel 41 des Übereinkommens von 1990

Die Vertragsparteien nehmen zur Kenntnis, daß die Regierung der Griechischen Republik unter Hinweis auf die Tatsache, daß angesichts der geographischen Lage der Griechischen Republik die Bestimmungen nach Artikel 41 Absatz 5 Buchstabe b in den Beziehungen der Griechischen Republik mit den anderen Vertragsparteien nicht angewendet werden können, die Behörden im Sinne von Artikel 41 Absatz 6 nicht bezeichnet hat und keine Erklärung im Sinne von Artikel 41 Absatz 9 abgegeben hat.

Die Bestimmungen nach Artikel 137 bleiben von dem Verfahren der griechischen Regierung unberührt.

5. Gemeinsame Erklärung zum Berg Athos

Die Vertragsparteien erkennen an, daß die durch Artikel 105 der griechischen Verfassung und durch die Charta des Berg Athos verbürgte Sonderregelung für den Berg Athos ausschließlich geistlich und religiös begründet ist; sie werden deshalb dafür Sorge tragen, daß diese Sonderregelung bei der Anwendung und späteren Ausarbeitung der Bestimmungen des Übereinkommens von 1985 und des Übereinkommens von 1990 berücksichtigt wird.

III. Die Vertragsparteien nehmen die folgenden Erklärungen der Griechischen Republik entgegen:

1. Erklärung der Griechischen Republik zu den Beitrittsübereinkommen der Italienischen Republik, des Spanischen Königreiches und der Portugiesischen Republik:

Die Regierung der Griechischen Republik nimmt den Inhalt der Beitrittsübereinkommen der Italienischen Republik, des Spanischen Königreiches und der Portugiesischen Republik zu dem Übereinkommen von 1990 sowie den Inhalt der Schlußakten und der den genannten Übereinkommen beigefügten Erklärungen zur Kenntnis.

Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg übermittelt der Regierung der Griechischen Republik eine beglaubigte Abschrift der genannten Urkunden.

tion aux dispositions des articles 117 et 126 de la Convention de 1990 et aux autres dispositions de ladite Convention relatives à la protection des données à caractère personnel, dans le but de parvenir à un niveau de protection compatible avec les dispositions pertinentes de la Convention de 1990.

4. Déclaration commune concernant l'article 41 de la Convention de 1990

Les Parties Contractantes constatent que, en raison de la situation géographique de la République hellénique, les dispositions du paragraphe 5, point b, de l'article 41 s'opposent à ce que cet article s'applique dans les relations entre la République hellénique et les autres Parties Contractantes. Par conséquent la République hellénique n'a ni désigné les autorités au sens de l'article 41, paragraphe 7, ni fait de déclaration au sens du paragraphe 9 de l'article 41.

Ce procédé suivi par le Gouvernement grec n'est pas contraire aux dispositions de l'article 137.

5. Déclaration commune relative au Mont Athos

Reconnaissant que le statut spécial accordé au Mont Athos, tel qu'il est garanti par l'article 105 de la Constitution hellénique et la Charte du Mont Athos, est justifié exclusivement pour des motifs de caractère spirituel et religieux, les Parties Contractantes veilleront à en tenir compte dans l'application et l'élaboration ultérieure des dispositions de l'Accord de 1985 et de la Convention de 1990.

III. Les Parties Contractantes prennent acte des déclarations suivantes de la République hellénique:

1. Déclaration de la République hellénique relative aux Accords d'adhésion de la République italienne, du Royaume d'Espagne et de la République portugaise

Le Gouvernement de la République hellénique prend note du contenu des Accords d'adhésion de la République italienne, du Royaume d'Espagne et de la République portugaise à la Convention de 1990, ainsi que du contenu des Actes finals et des Déclarations annexées auxdits Accords.

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg remettra une copie certifiée conforme des instruments précités au Gouvernement de la République hellénique.

στον τομέα της Αστυνομίας, ούτως ώστε να υπάρχει πλήρης εφαρμογή των διατάξεων των άρθρων 117 και 126 της Συμβάσεως του 1990 και των άλλων διατάξεων της εν λόγω Συμβάσεως σχετικά με την προστασία των δεδομένων προσωπικού χαρακτήρα, με σκοπό να επιτευχθεί επίπεδο προστασίας συμβατό με τις κατάλληλες διατάξεις της Συμβάσεως του 1990.

4. Κοινή δήλωση, η οποία αφορά το άρθρο 41 της Συμβάσεως του 1990.

Τα συμβαλλόμενα μέρη διαπιστώνουν ότι, δεδομένης της γεωγραφικής θέσεως της Ελληνικής Δημοκρατίας, οι διατάξεις της παραγράφου 5 σημείο β του άρθρου 41 αντιτίθενται στην εφαρμογή του άρθρου αυτού κατά τις σχέσεις μεταξύ Ελληνικής Δημοκρατίας και άλλων συμβαλλόμενων μερών. Συνεπώς η Ελληνική Δημοκρατία ούτε έχει ορίσει αρχές κατά την έννοια του άρθρου 41 παράγραφος 7 ούτε προβαίνει σε δήλωση κατά την έννοια της παραγράφου 9 του άρθρου 41.

Η διαδικασία αυτή, την οποία ακολουθεί η Ελληνική Κυβέρνηση, δεν αντιβαίνει προς τις διατάξεις του άρθρου 137.

5. Κοινή δήλωση σχετική με το Άγιον Όρος.

Αναγνωρίζοντας ότι το ειδικό καθεστώς του Αγίου Όρους, όπως το εγγράφεται το άρθρο 105 του Ελληνικού Συντάγματος και ο Χάρτης του Αγίου Όρους δικαιολογείται αποκλειστικά για πνευματικούς και θρησκευτικούς λόγους, τα συμβαλλόμενα μέρη θα φροντίσουν να λάβουν τούτο υπόψη τους κατά την εφαρμογή και την περαιτέρω επεξεργασία των διατάξεων της Συμφωνίας του 1985 και της Συμβάσεως του 1990.

III. Τα συμβαλλόμενα μέρη λαμβάνουν γνώση των ακόλουθων δηλώσεων της Ελληνικής Δημοκρατίας:

1. Δήλωση της Ελληνικής Δημοκρατίας σχετικά με τις Συμφωνίες Προσχώρησης της Ιταλικής Δημοκρατίας, του Βασιλείου της Ισπανίας και της Δημοκρατίας της Πορτογαλίας.

Η Κυβέρνηση της Ελληνικής Δημοκρατίας λαμβάνει υπό σημείωση το περιεχόμενο των Συμφωνιών Προσχώρησης της Ιταλικής Δημοκρατίας, του Βασιλείου της Ισπανίας και της Δημοκρατίας της Πορτογαλίας στην Σύμβαση του 1990 καθώς και το περιεχόμενο των Τελικών Πράξεων και Δηλώσεων που προσαρτώνται στις εν λόγω Συμφωνίες.

Η Κυβέρνηση του Μεγάλου Δουκάτου του Λουξεμβούργου αποστέλει επικυρωμένο ακριβές αντίγραφο των ανωτέρω εγγράφων στην Κυβέρνηση της Ελληνικής Δημοκρατίας.

2. Erklärung der Griechischen Republik zur Rechtshilfe in Strafsachen

Die Griechische Republik verpflichtet sich, den von anderen Vertragsparteien gestellten Rechtshilfeersuchen auf angemessene und schnelle Weise auch in den Fällen stattzugeben, in denen die Rechtshilfeersuchen unmittelbar den griechischen Justizbehörden übermittelt werden nach Artikel 53 Absatz 1 des Übereinkommens von 1990.

3. Erklärung zu Artikel 121 des Übereinkommens von 1990

Die Regierung der Griechischen Republik erklärt, daß sie mit Ausnahme von frischen Zitrusfrüchten, Baumwoll- und Luzemesaatgut ab der Unterzeichnung des Beitrittsübereinkommens zu dem Übereinkommen von 1990 die phytosanitären Erleichterungen nach Artikel 121 dieses Übereinkommens anwenden wird.

Jedoch wird die Griechische Republik hinsichtlich der frischen Zitrusfrüchte die Bestimmungen des Artikels 121 sowie die entsprechenden Maßnahmen spätestens am 1. Januar 1993 anwenden.

Geschehen zu Madrid am sechsten November neunzehnhundertzweiundneunzig in deutscher, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die bei der Regierung des Großherzogtums Luxemburg hinterlegt wird; diese übermittelt jeder Vertragspartei eine beglaubigte Abschrift.

2. Déclaration de la République hellénique relative à l'entraide judiciaire en matière pénale

Le Gouvernement de la République hellénique s'engage à traiter les demandes judiciaires qui sont faites par les autres Parties Contractantes avec toute la diligence requise, y compris lorsqu'elles sont adressées directement aux autorités judiciaires grecques selon la procédure de l'article 53 paragraphe 1 de la Convention de 1990.

3. Déclaration concernant l'article 121 de la Convention de 1990

Le Gouvernement de la République hellénique déclare que sauf à l'égard des fruits frais de citrus, des graines de coton et de luzerne il appliquera, dès la signature de l'Accord d'adhésion à la Convention de 1990, les allègements phytosanitaires visés à l'article 121 de la Convention de 1990.

Néanmoins, concernant les fruits frais de citrus, la République hellénique transposera les dispositions de l'article 121 et les mesures qui y sont afférentes au plus tard au 1^{er} janvier 1993.

Fait à Madrid, le six novembre mil neuf cent quatre-vingt-douze, en langues allemande, espagnole, française, grecque, italienne, néerlandaise et portugaise les sept textes faisant également foi, en un exemplaire original qui sera déposé dans les archives du Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, qui remettra une copie certifiée conforme à chacune des Parties Contractantes.

2. Δήλωση της Ελληνικής Δημοκρατίας σχετικά με την δικαστική συνδρομή στον ποινικό τομέα.

Η Κυβέρνηση της Ελληνικής Δημοκρατίας αναλαμβάνει την υποχρέωση να χειρίζεται τις δικαστικές αιτήσεις, οι οποίες της υποβλήθηκαν από τα άλλα συμβαλλόμενα μέρη, με την απαιτούμενη επιμέλεια, ακόμη και αν απευθύνονται απ'ευθείας στις Ελληνικές Δικαστικές Αρχές σύμφωνα με την διαδικασία του άρθρου 53, παράγραφος 1 της Συμβάσεως του 1990.

3. Δήλωση σχετικά με το άρθρο 121 της Συμβάσεως του 1990.

Η Κυβέρνηση της Ελληνικής Δημοκρατίας δηλώνει ότι θα εφαρμόσει ήδη από την υπογραφή της Συμφωνίας Προσχώρησης στην Σύμβαση του 1990 τις φυτοϋγειονομικές ελαφρύνσεις που προβλέπονται στο άρθρο 121 της Συμβάσεως του 1990, εκτός σε ό, τι αφορά τους καρπούς εσπεριδοειδών, τους σπόρους βάμβακος και τη μηδική.

Παρά ταύτα, όσον αφορά τους καρπούς εσπεριδοειδών, η Ελληνική Δημοκρατία θα υλοποιήσει τις διατάξεις του άρθρου 121 και τα σχετικά μέτρα το αργότερο την 1. 1. 1993.

Έγινε στη Μαδρίτη την 6η Νοεμβρίου 1992, στην γαλλική, γερμανική, ελληνική, ισπανική, ιταλική, ολλανδική και πορτογαλική γλώσσα. Τα επτά κείμενα είναι εξίσου αυθεντικά, στο πρωτότυπο που θα κατατεθεί στα αρχεία της Κυβερνήσεως του Μεγάλου Δουκάτου του Λουξεμβούργου, το οποίο θα διαβιβάσει ακριβές και επικυρωμένο αντίγραφο σε κάθε συμβαλλόμενο μέρος.

**Protokoll über den Beitritt
der Regierung der Griechischen Republik
zu dem Übereinkommen von Schengen vom 14. Juni 1985
zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion,
der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen,
in der Fassung des am 27. November 1990 in Paris unterzeichneten Protokolls
über den Beitritt der Regierung der Italienischen Republik
und der am 25. Juni 1991 in Bonn unterzeichneten Protokolle
über den Beitritt der Regierungen der Portugiesischen Republik und des Königreichs Spanien**

**Protocole d'Adhésion
du Gouvernement de la République hellénique
à l'Accord entre les Gouvernements des Etats de l'Union économique Benelux,
de la République fédérale d'Allemagne et de la République française
relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes
signé à Schengen le 14 juin 1985,
tel qu'amendé par les Protocoles d'adhésion du Gouvernement de la République italienne
signé à Paris le 27 novembre 1990
et des Gouvernements du Royaume d'Espagne et de la République portugaise
signés à Bonn le 25 juin 1991**

Πρωτόκολλο Προσχώρησης
της Κυβερνήσεως της Ελληνικής Δημοκρατίας
στην Συμφωνία μεταξύ των Κυβερνήσεων των κρατών της Οικονομικής Ενώσεως Benelux,
της Ομοσπονδιακής Δημοκρατίας της Γερμανίας και της Γαλλικής Δημοκρατίας
σχετικά με τη σταδιακή κατάργηση των ελέγχων στα κοινά σύνορα
η οποία υπεγράφη στο Schengen την 14η Ιουνίου 1985,
όπως τροποποιήθηκε από τα Πρωτόκολλα προσχώρησης της Κυβερνήσεως της Ιταλικής Δημοκρατίας
το οποίο υπεγράφη στο Παρίσι την 27η Νοεμβρίου 1990,
και των Κυβερνήσεων του Βασιλείου της Ισπανίας και της Δημοκρατίας της Πορτογαλίας
τα οποία υπεγράφησαν στην Βόννη την 25η Ιουνίου 1991

Die Regierungen des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg und des Königreichs der Niederlande, Vertragsparteien des am 14. Juni 1985 in Schengen unterzeichneten Übereinkommens betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, nachfolgend „das Übereinkommen“ genannt, die Regierung der Italienischen Republik, die dem Übereinkommen mit dem am 27. November 1990 in Paris unterzeichneten Protokoll beigetreten ist, sowie die Regierungen der Portugiesischen Republik und des Königreichs Spanien, die dem Übereinkommen mit den am 25. Juni 1991 in Bonn unterzeichneten Protokollen beigetreten sind, einerseits

Les Gouvernements du Royaume de Belgique, de la République fédérale d'Allemagne, de la République française, du Grand-Duché de Luxembourg et du Royaume des Pays-Bas, Parties à l'Accord relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, signé à Schengen le 14 juin 1985, ci-après dénommé „l'Accord“, ainsi que le Gouvernement de la République italienne qui a adhéré à l'Accord par le Protocole signé à Paris le 27 novembre 1990 et les Gouvernements du Royaume d'Espagne et de la République portugaise qui ont adhéré à l'Accord par les Protocoles signés à Bonn le 25 juin 1991, d'une part,

Οι Κυβερνήσεις του Βασιλείου του Βελγίου, της Ομοσπονδιακής Δημοκρατίας της Γερμανίας, της Γαλλικής Δημοκρατίας, του Μεγάλου Δουκάτου του Λουξεμβούργου και του Βασιλείου των Κάτω Χωρών, συμβαλλόμενα μέρη της Συμφωνίας σχετικά με την σταδιακή κατάργηση των ελέγχων στα κοινά σύνορα, η οποία υπεγράφη στο Schengen την 14η Ιουνίου 1985, στο εξής καλούμενη „η Συμφωνία“, καθώς και η Κυβέρνηση της Ιταλικής Δημοκρατίας, η οποία προσεχώρησε στην Συμφωνία βάσει Πρωτοκόλλου το οποίο υπεγράφη στο Παρίσι την 27η Νοεμβρίου 1990 και οι Κυβερνήσεις του Βασιλείου της Ισπανίας και της Δημοκρατίας της Πορτογαλίας, οι οποίες προσεχώρησαν στην Συμφωνία βάσει των Πρωτοκόλλων τα οποία υπεγράφησαν στην Βόννη την 25η Ιουνίου 1991, αφε'ενός,

und die Regierung der Griechischen Republik andererseits

et le Gouvernement de la République hellénique, d'autre part,

και η Κυβέρνηση της Ελληνικής Δημοκρατίας, αφε'ετέρου,

unter Berücksichtigung der bereits innerhalb der Europäischen Gemeinschaften im

Considérant les progrès déjà réalisés au sein des Communautés européennes en

Έχοντας υπόψη την ήδη πραγματοποιηθείσα πρόοδο στο πλαίσιο των Ευρω-

Hinblick auf den freien Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr verwirklichten Fortschritte;

im Hinblick darauf, daß auch die Regierung der Griechischen Republik von dem Willen, an den Binnengrenzen die Kontrollen des Personenverkehrs abzuschaffen und den Transport sowie den Waren- und Dienstleistungsverkehr zu erleichtern, getragen ist;

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Durch dieses Protokoll tritt die Griechische Republik dem Übereinkommen in der Fassung des am 27. November 1990 in Paris unterzeichneten Protokolls über den Beitritt der Regierung der Italienischen Republik und der am 25. Juni 1991 in Bonn unterzeichneten Protokolle über den Beitritt der Regierungen der Portugiesischen Republik und des Königreichs Spanien bei.

Artikel 2

In Artikel 1 des Übereinkommens werden die Worte „der Griechischen Republik“ nach den Worten „der Bundesrepublik Deutschland“ angefügt.

Artikel 3

In Artikel 8 des Übereinkommens werden die Worte „der Griechischen Republik“ nach den Worten „der Bundesrepublik Deutschland“ angefügt.

Artikel 4

(1) Die Unterzeichnung dieses Protokolls erfolgt ohne einen Vorbehalt der Ratifikation oder Billigung oder unter dem Vorbehalt der Ratifikation oder Billigung.

(2) Dieses Protokoll findet vom auf die Unterzeichnung folgenden Tag an für das Königreich Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, die Griechische Republik, das Königreich Spanien, die Französische Republik, die Italienische Republik, das Großherzogtum Luxemburg und das Königreich der Niederlande vorläufig Anwendung. Sein Inkrafttreten erfolgt am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag, an dem die Staaten, für die das Übereinkommen in Kraft getreten ist, und die Griechische Republik ihre Zustimmung zum Ausdruck gebracht haben, durch dieses Protokoll gebunden zu sein.

Für die übrigen Staaten tritt dieses Protokoll am ersten Tag des zweiten Monats nach dem Tag in Kraft, an dem jeder dieser Staaten seine Zustimmung zum Ausdruck gebracht hat, durch dieses Protokoll gebunden zu sein, sofern dieses Protokoll gemäß den Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes in Kraft getreten ist.

(3) Dieses Protokoll wird bei der Regierung des Großherzogtums Luxemburg hin-

vue d'assurer la libre circulation des personnes, des marchandises et des services,

Prenant acte de ce que le Gouvernement de la République hellénique partage la volonté de parvenir à la suppression des contrôles aux frontières intérieures dans la circulation des personnes et d'y faciliter le transport et la circulation des marchandises et des services,

sont convenus de ce qui suit:

Article premier

Par le présent Protocole, la République hellénique adhère à l'Accord tel qu'amendé par le Protocole d'adhésion du Gouvernement de la République italienne, signé à Paris le 27 novembre 1990 et par les Protocoles d'adhésion des Gouvernements du Royaume d'Espagne et de la République portugaise, signés à Bonn le 25 juin 1991.

Article 2

A l'article premier de l'Accord, les mots „la République hellénique“ sont ajoutés après les mots „la République fédérale d'Allemagne“.

Article 3

A l'article 8 de l'Accord, les mots „de la République hellénique“ sont ajoutés après les mots „de la République fédérale d'Allemagne“.

Article 4

1. Le présent Protocole est signé sans réserve de ratification ou d'approbation ou sous réserve de ratification ou d'approbation.

2. Le présent Protocole s'appliquera à titre provisoire à compter du jour suivant sa signature pour le Royaume de Belgique, la République fédérale d'Allemagne, la République hellénique, le Royaume d'Espagne, la République française, la République italienne, le Grand-Duché de Luxembourg et le Royaume des Pays-Bas. Il entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit la date à laquelle les Etats pour lesquels l'Accord est entré en vigueur et la République hellénique auront exprimé leur consentement à être liés par le présent Protocole.

A l'égard des autres Etats, le présent Protocole entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit la date à laquelle chacun de ces Etats aura exprimé son consentement à être lié, pour autant que le présent Protocole soit entré en vigueur conformément aux dispositions de l'alinéa précédent.

3. Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg est dépositaire du présent

παϊκών Κοινοτήτων για να διασφαλισθεί η ελεύθερη κυκλοφορία προσώπων, εμπορευμάτων και υπηρεσιών,

Λαμβάνοντας υπόψη ότι η Κυβέρνηση της Ελληνικής Δημοκρατίας συμμερίζεται την επιθυμία για να προχωρήσει στην κατάργηση των ελέγχων στα εσωτερικά σύνορα για την κυκλοφορία προσώπων και να διευκολύνει την μεταφορά και κυκλοφορία εμπορευμάτων και υπηρεσιών,

Συμφωνούν τα ακόλουθα:

Άρθρο 1

Με το παρόν Πρωτόκολλο η Ελληνική Δημοκρατία προσχωρεί στην Συμφωνία, όπως τροποποιήθηκε με το Πρωτόκολλο προσχωρήσεως της Κυβερνήσεως της Ιταλικής Δημοκρατίας, το οποίο υπεγράφη στο Παρίσι την 27η Νοεμβρίου 1990 καθώς και με τα Πρωτόκολλα προσχωρήσεως των Κυβερνήσεων του Βασιλείου της Ισπανίας και της Δημοκρατίας της Πορτογαλίας, τα οποία υπεγράφησαν στην Βόννη την 25η Ιουνίου 1991.

Άρθρο 2

Στο άρθρο 1 της Συμφωνίας, οι λέξεις „της Ελληνικής Δημοκρατίας“ προστίθενται μετά από τις λέξεις „της Ομοσπονδιακής Δημοκρατίας της Γερμανίας“.

Άρθρο 3

Στο άρθρο 8 της Συμφωνίας οι λέξεις „της Ελληνικής Δημοκρατίας“ προστίθενται μετά από τις λέξεις „της Ομοσπονδιακής Δημοκρατίας της Γερμανίας“.

Άρθρο 4

1. Το παρόν Πρωτόκολλο υπογράφεται άνευ επιφύλαξης, κυρώσεως ή εγκρίσεως ή με την επιφύλαξη της κυρώσεως ή της εγκρίσεως.

2. Το παρόν Πρωτόκολλο θα εφαρμοσθεί προσωρινά από την ημέρα που ακολουθεί την υπογραφή του, για το Βασίλειο του Βελγίου, την Ομοσπονδιακή Δημοκρατία της Γερμανίας, την Ελληνική Δημοκρατία, το Βασίλειο της Ισπανίας, την Γαλλική Δημοκρατία, το Μεγάλο Δουκάτο του Λουξεμβούργου και το Βασίλειο των Κάτω Χωρών. Θα αρχίσει να ισχύει την πρώτη ημέρα του δεύτερου μηνός που ακολουθεί την ημερομηνία κατά την οποία τα κράτη για τα οποία η Συμφωνία έχει αρχίσει να ισχύει και η Ελληνική Δημοκρατία θα έχουν εκφράσει την συγκατάθεσή τους να δεσμεύονται από το παρόν Πρωτόκολλο.

Έναντι των άλλων κρατών, το παρόν Πρωτόκολλο θα αρχίσει να ισχύει την πρώτη ημέρα του δεύτερου μηνός μετά την ημερομηνία κατά την οποία καθένα από τα κράτη αυτά θα έχει εκφράσει την συγκατάθεσή του να δεσμευθεί, εφόσον το παρόν Πρωτόκολλο έχει αρχίσει να ισχύει σύμφωνα με το προηγούμενο εδάφιο.

3. Θεματοφύλακας του παρόντος Πρωτοκόλλου ορίζεται η Κυβέρνηση του Μεγά-

terlegt, die den anderen Unterzeichnerregierungen eine beglaubigte Abschrift übermittelt. Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg notifiziert den anderen Unterzeichnerregierungen das Datum des Inkrafttretens des Protokolls.

Artikel 5

Die Regierung des Großherzogtums Luxemburg übermittelt der Regierung der Griechischen Republik eine beglaubigte Abschrift des Übereinkommens in deutscher, französischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache.

Der Wortlaut des Übereinkommens in griechischer Sprache ist diesem Protokoll beigefügt und ist gleichermaßen verbindlich wie der Wortlaut des Übereinkommens in deutscher, französischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Madrid am sechsten November neunzehnhundertzweiundneunzig in deutscher, französischer, griechischer, italienischer, niederländischer, portugiesischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Protocole; il en remet une copie certifiée conforme à chacun des autres Gouvernements Signataires. Il leur notifie également la date d'entrée en vigueur.

Article 5

Le Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg remet au Gouvernement de la République hellénique une copie certifiée conforme de l'Accord en langues allemande, espagnole, française, italienne, néerlandaise et portugaise.

Le texte de l'Accord, établi en langue grecque, est annexé au présent Protocole et fait foi dans les mêmes conditions que les textes de l'Accord établis en langues allemande, espagnole, française, italienne, néerlandaise et portugaise.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés a cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Protocole.

Fait à Madrid, le six novembre mil neuf cent quatre-vingt-douze, en langues allemande, espagnole, française, grecque, italienne, néerlandaise et portugaise, les sept textes faisant également foi.

λου Δουκάτου του Λουξεμβούργου. Διαβιβάζει επικυρωμένο αντίγραφο στην Κυβέρνηση κάθε υπογράφοντος κράτους. Τους γνωστοποιεί επίσης την ημερομηνία ενάρξεως ισχύος.

Άρθρο 5

Η Κυβέρνηση του Μεγάλου Δουκάτου του Λουξεμβούργου διαβιβάζει στην Κυβέρνηση της Ελληνικής Δημοκρατίας επικυρωμένο αντίγραφο της Συμφωνίας στην γαλλική, γερμανική, ισπανική, ιταλική, ολλανδική και πορτογαλική γλώσσα.

Το κείμενο της Συμφωνίας στην ελληνική γλώσσα επισυνάπτεται στο παρόν Πρωτόκολλο και είναι αυθεντικό υπό τις ίδιες προϋποθέσεις με τα κείμενα της Συμφωνίας τα οποία συντάσσονται εξίσου στην γαλλική, γερμανική, ισπανική, ιταλική, ολλανδική και πορτογαλική γλώσσα.

Σε πίστωση των ανωτέρω, οι κάτωθι πληρεξούσιοι υπέγραψαν το παρόν Πρωτόκολλο.

Έγινε στη Μαδρίτη την 6η Νοεμβρίου 1992, στην γαλλική, γερμανική, ελληνική, ισπανική, ιταλική, ολλανδική και πορτογαλική γλώσσα, και τα επτά κείμενα είναι εξίσου αυθεντικά.

Gemeinsame Erklärung
über die kurzfristigen Maßnahmen
nach Titel I des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985
zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion,
der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen,
in der Fassung des am 27. November 1990 in Paris unterzeichneten Protokolls
über den Beitritt der Regierung der Italienischen Republik
und der am 25. Juni 1991 in Bonn unterzeichneten Protokolle
über den Beitritt der Regierungen der Portugiesischen Republik und des Königreichs Spanien

Déclaration commune
concernant les mesures à court terme,
prévues au Titre I^{er} de l'Accord
entre les Gouvernements des Etats de l'Union économique Benelux,
de la République fédérale d'Allemagne et de la République française,
relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes
signé à Schengen le 14 juin 1985,
tel qu'amendé par le Protocole d'adhésion du Gouvernement de la République italienne
signé à Paris le 27 novembre 1990
et les Protocoles d'adhésion des Gouvernements du Royaume d'Espagne et de la République portugaise
signés à Bonn le 25 juin 1991

Κοινή δήλωση
σχετικά με τα βραχυπρόθεσμα μέτρα,
τα οποία προβλέπονται στον τίτλο Ι της Συμφωνίας μεταξύ των Κυβερνήσεων
των κρατών της Οικονομικής Ενώσεως Benelux, της Ομοσπονδιακής Δημοκρατίας
της Γερμανίας και της Γαλλικής Δημοκρατίας,
σχετικά με την σταδιακή κατάργηση των ελέγχων στα κοινά σύνορα,
η οποία υπεγράφη στο Schengen την 14η Ιουνίου 1985
όπως τροποποιήθηκε από το Πρωτόκολλο προσχωρήσεως της Κυβερνήσεως της Ιταλικής Δημοκρατίας,
το οποίο υπεγράφη στο Παρίσι την 27η Νοεμβρίου 1990
και από τα Πρωτόκολλα προσχωρήσεως των Κυβερνήσεων
του Βασιλείου της Ισπανίας και της Δημοκρατίας της Πορτογαλίας,
τα οποία υπεγράφησαν στην Βόννη την 25η Ιουνίου 1991

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Protokolls über den Beitritt der Regierung der Griechischen Republik zu dem Übereinkommen von Schengen vom 14. Juni 1985, dem die Regierung der Italienischen Republik mit dem am 27. November 1990 in Paris unterzeichneten Protokoll und die Regierungen der Portugiesischen Republik und des Königreichs Spanien mit den am 25. Juni 1991 in Bonn unterzeichneten Protokollen beigetreten sind, stellen die Vertragsparteien fest, daß die kurzfristigen Maßnahmen nach Titel I dieses Übereinkommens in den Beziehungen zwischen den durch dieses Übereinkommen gebundenen Regierungen und der Regierung der Griechischen Republik unter denselben Voraussetzungen und auf dieselbe Weise wie in den Beziehungen zwischen den durch dieses Übereinkommen gebundenen Regierungen Anwendung finden werden.

A l'occasion de la signature du Protocole d'adhésion du Gouvernement de la République hellénique à l'Accord signé à Schengen le 14 juin 1985, Accord auquel ont adhéré le Gouvernement de la République italienne par le Protocole signé à Paris le 27 novembre 1990 et les Gouvernements du Royaume d'Espagne et de la République portugaise par les protocoles signés à Bonn le 25 juin 1991, les Parties Contractantes précisent que les mesures à court terme, prévues au Titre I^{er} dudit Accord, s'appliqueront entre les Gouvernements liés par cet Accord et le Gouvernement de la République hellénique dans les mêmes conditions et selon les mêmes modalités qu'entre les Gouvernements liés par cet Accord.

Κατά την υπογραφή του Πρωτοκόλλου προσχωρήσεως της Κυβερνήσεως της Ελληνικής Δημοκρατίας στην Συμφωνία, η οποία υπεγράφη στο Schengen την 14η Ιουνίου 1985, Συμφωνία στην οποία προσχώρησε η Κυβέρνηση της Ιταλικής Δημοκρατίας με Πρωτόκολλο, το οποίο υπεγράφη στο Παρίσι την 27η Νοεμβρίου 1990 καθώς και οι Κυβερνήσεις του Βασιλείου της Ισπανίας και της Δημοκρατίας της Πορτογαλίας με Πρωτόκολλα τα οποία υπεγράφησαν στη Βόννη την 25η Ιουνίου 1991, τα συμβαλλόμενα μέρη διευκρινίζουν ότι τα βραχυπρόθεσμα μέτρα τα οποία προβλέπονται στον τίτλο Ι της εν λόγω Συμφωνίας θα εφαρμοσθούν μεταξύ των Κυβερνήσεων που δεσμεύονται από τη Συμφωνία αυτή και της Κυβερνήσεως της Ελληνικής Δημοκρατίας, σύμφωνα με τους ίδιους όρους και προϋποθέσεις, όπως μεταξύ των Κυβερνήσεων, που δεσμεύονται από την Συμφωνία αυτή.

Denkschrift zu dem Übereinkommen vom 6. November 1992 über den Beitritt der Griechischen Republik

Das Schengener Übereinkommen vom 19. Juni 1990 versteht sich als Vorläufer und Modell für Regelungen, die auch im Rahmen der zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften erreicht werden sollen. In Artikel 140 Absatz 1 ist ausdrücklich bestimmt, daß jeder Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft diesem Übereinkommen beitreten kann. Der Beitritt wird in einem Übereinkommen zwischen dem Staat und den Vertragsparteien geregelt.

1990 ist die Italienische Republik, 1991 sind das Königreich Spanien und die Portugiesische Republik dem Übereinkommen beigetreten.

Am 6. November 1992 ist das Übereinkommen über den Beitritt der Griechischen Republik unterzeichnet worden.

Wesentlicher Vertragsinhalt

Kernstück des Übereinkommens vom 6. November 1990 über den Beitritt der Griechischen Republik ist Artikel 1, in dem die Griechische Republik bestätigt, daß sie durch dieses Übereinkommen dem Übereinkommen vom 19. Juni 1990 beitrifft.

In Artikel 2 werden zum einen die Beamten bezeichnet, die zu einer grenzüberschreitenden Observation befugt sind, zum anderen die Behörde, die das Ersuchen um grenzüberschreitende Observation bewilligen kann oder entgegenzunehmen hat bzw. der die Observation in Eilfällen mitzuteilen ist. Die Vertragsparteien vom 19. Juni 1990 haben diese Bezeichnung in Artikel 40 Abs. 4 und 5 des Schengener Übereinkommens von 1990 vorgenommen. Für Italien, Spanien und Portugal ist die entsprechende Bezeichnung in den jeweiligen Beitrittsübereinkommen enthalten.

Artikel 3 bezeichnet das Ministerium, an das bei Benutzung des justizministeriellen Geschäftsweges (Artikel 65 Abs. 2 des Übereinkommens vom 19. Juni 1990) Auslieferungs- und Durchbeförderungersuchen zu richten sind.

Nach den Artikeln 4 und 5 wird die Griechische Republik in den Beziehungen zu den Vertragsparteien des Übereinkommens von 1990 weder die von ihr zu den Artikeln 7, 18 und 19 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 noch die von ihr zu den Artikeln 4 und 5 des Europäischen Übereinkommens über Rechts-

hilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 angemeldeten Vorbehalte anwenden.

Artikel 6 und 7 beschäftigen sich mit der Ratifikation, dem Inkrafttreten und der Notifizierung sowie der Übermittlung der Vertragstexte.

Schlußakte

In der zu dem Beitrittsübereinkommen gehörenden Schlußakte erklärt die Griechische Republik, daß sie sich die Schlußakte, das Protokoll und die gemeinsame Erklärung der Minister und Staatssekretäre, die bei der Unterzeichnung des Übereinkommens vom 19. Juni 1990 unterzeichnet wurden, zu eigen macht, sich den darin enthaltenen gemeinsamen Erklärungen anschließt und die darin enthaltenen einseitigen Erklärungen entgegennimmt. Weiterhin werden in der Schlußakte von den Vertragsparteien gemeinsame Erklärungen zu Artikel 6 des Beitrittsübereinkommens, zu Artikel 9 Abs. 2 des Übereinkommens von 1990, zum Datenschutz, zu Artikel 41 des Übereinkommens von 1990 und zum Berg Athos angenommen. Schließlich nehmen die Vertragsparteien Erklärungen der Griechischen Republik zu den Beitrittsübereinkommen der Italienischen Republik, des Spanischen Königreiches und der Portugiesischen Republik, zur Rechtshilfe in Strafsachen und zu Artikel 121 des Übereinkommens von 1990 entgegen.

Erklärung der Minister und Staatssekretäre

Anläßlich der Unterzeichnung des Übereinkommens über den Beitritt der Griechischen Republik haben die Minister und Staatssekretäre politisch wirkende Erklärungen abgegeben, in denen die Unterzeichnung des Beitrittsübereinkommens bestätigt wird und erklärt wird, daß zur Kenntnis genommen wurde, daß der Vertreter der Griechischen Republik erklärt hat, sich der am 19. Juni 1990 durch die Minister und Staatssekretäre Belgiens, der Bundesrepublik, Frankreichs, Luxemburgs und der Niederlande abgegebenen Erklärung und dem zum selben Zeitpunkt aus Anlaß der Unterzeichnung des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen bestätigten Beschluß, denen die Regierungen Italiens, Portugals und Spaniens beigetreten sind, anzuschließen. Diese Erklärung ist in der Anlage zur Denkschrift abgedruckt.

Anlage

Erklärung der Minister und Staatssekretäre

Déclaration des Ministres et Secrétaires d'Etat

Δήλωση των Υπουργών και των Υφυπουργών

Am sechsten November neunzehnhundertzweiundneunzig haben die Vertreter der Regierungen des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Griechischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs der Niederlande, der Portugiesischen Republik und des Königreichs Spanien in Madrid das Übereinkommen über den Beitritt der Griechischen Republik zu dem am 19. Juni 1990 in Schengen unterzeichneten Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der BENELUX-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen, dem die Italienische Republik mit dem am 27. November 1990 in Paris unterzeichneten Übereinkommen sowie die Portugiesische Republik und das Königreich Spanien mit den am 25. Juni 1991 in Bonn unterzeichneten Übereinkommen beigetreten sind, unterzeichnet.

Sie haben zur Kenntnis genommen, daß der Vertreter der Regierung der Griechischen Republik erklärt hat, sich der am 19. Juni 1990 durch die Minister und Staatssekretäre, Vertreter der Regierungen des Königreichs Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg und des Königreichs der Niederlande abgegebenen Erklärung und dem zum selben Zeitpunkt aus Anlaß der Unterzeichnung des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen bestätigten Beschluß, denen die Regierungen der Italienischen Republik, der Portugiesischen Republik und des Königreichs Spanien beigetreten sind, anzuschließen.

Le six novembre mil neuf cent quatre-vingt-douze, les représentants des Gouvernements du Royaume de Belgique, de la République fédérale d'Allemagne, du Royaume d'Espagne, de la République française, de la République hellénique, de la République italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume des Pays-Bas et de la République portugaise ont signé à Madrid l'Accord d'adhésion de la République hellénique à la Convention d'application de l'Accord de Schengen du 14 juin 1985 entre les Gouvernements des Etats de l'Union économique Benelux, de la République fédérale d'Allemagne et de la République française relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes, signée à Schengen le 19 juin 1990, à laquelle ont adhéré la République italienne par l'Accord signé à Paris le 27 novembre 1990 et le Royaume d'Espagne et la République portugaise par les Accords signés à Bonn le 25 juin 1991.

Ils ont pris acte de ce que le représentant du Gouvernement de la République hellénique a déclaré s'associer à la déclaration faite à Schengen le 19 juin 1990 par les Ministres et Secrétaires d'Etat représentant les Gouvernements du Royaume de Belgique, de la République fédérale d'Allemagne, de la République française, du Grand-Duché de Luxembourg et du Royaume des Pays-Bas et à la décision confirmée à la même date à l'occasion de la signature de la Convention d'application de l'Accord de Schengen, déclaration et décision auxquelles se sont associés les Gouvernements de la République italienne, du Royaume d'Espagne et de la République portugaise.

Την 6η Νοεμβρίου 1992, οι εκπρόσωποι των Κυβερνήσεων του Βασιλείου του Βελγίου, της Ομοσπονδιακής Δημοκρατίας της Γερμανίας, της Ελληνικής Δημοκρατίας, του Βασιλείου της Ισπανίας, της Γαλλικής Δημοκρατίας, της Ιταλικής Δημοκρατίας, του Μεγάλου Δουκάτου του Λουξεμβούργου, του Βασιλείου των Κάτω Χωρών και της Δημοκρατίας της Πορτογαλίας υπέγραψαν στην Μαδρίτη την Συμφωνία προσχωρήσεως της Ελληνικής Δημοκρατίας στην Σύμβαση εφαρμογής της Συμφωνίας του Schengen της 14ης Ιουνίου 1985 μεταξύ των Κυβερνήσεων των Κρατών της Οικονομικής Ενώσεως Benelux, της Ομοσπονδιακής Δημοκρατίας της Γερμανίας και της Γαλλικής Δημοκρατίας σχετικά με τη σταδιακή κατάργηση των ελέγχων στα κοινά σύνορα, η οποία υπεγράφη στο Schengen την 19η Ιουνίου 1990 στην οποία προσεχώρησαν η Ιταλική Δημοκρατία με τη Συμφωνία που υπεγράφη στο Παρίσι την 27η Νοεμβρίου 1990, και το Βασίλειο της Ισπανίας και η Δημοκρατία της Πορτογαλίας με τις Συμφωνίες που υπεγράφησαν στην Βόννη την 25η Ιουνίου 1991.

Έλαβαν υπόψη ότι ο εκπρόσωπος της Κυβερνήσεως της Ελληνικής Δημοκρατίας δήλωσε ότι συμμετέχει στην δήλωση η οποία έγινε στο Schengen την 19η Ιουνίου 1990 από τους υπουργούς και υφυπουργούς των Κυβερνήσεων του Βασιλείου του Βελγίου, της Ομοσπονδιακής Δημοκρατίας της Γερμανίας, της Γαλλικής Δημοκρατίας, του Μεγάλου Δουκάτου του Λουξεμβούργου και του Βασιλείου των Κάτω Χωρών καθώς και με την απόφαση που επιβεβαιώθηκε την ίδια ημερομηνία, επενκαίρως της υπογραφής της Συμβάσεως εφαρμογής της Συμφωνίας του Schengen, δήλωση και απόφαση στις οποίες συμμετέχουν οι Κυβερνήσεις της Ιταλικής Δημοκρατίας, του Βασιλείου της Ισπανίας και της Δημοκρατίας της Πορτογαλίας.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates**Zu den Eingangsworten**

Die Eingangsworte sind wie folgt zu fassen:

„Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:“.

Begründung

Die Zustimmung des Bundesrates ist gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, weil durch die Artikel 6, 7, 22, 23, 25 Abs. 1, Artikel 37, 38, 39 ff. (polizeiliche Zusammenarbeit, soweit die Polizei der Länder betroffen ist), Artikel 48 ff. (Rechtshilfe in Strafsachen, soweit

sie von den Behörden der Länder vollzogen wird – vgl. insbesondere Artikel 53 Abs. 4), Artikel 57 (Auskünfte im Rahmen der Vorschriften über das Verbot der Doppelbestrafung), Artikel 59 ff. (Auslieferung, soweit die Vorschriften von Landesbehörden vollzogen werden – vgl. insbesondere Artikel 65 Abs. 2), Artikel 70 (Mitarbeit von Vertretern von Landesbehörden in der Arbeitsgruppe Betäubungsmittel) und Artikel 77 ff. (Vollzug des Waffenrechts) des Schengener Übereinkommens vom 19. Juni 1990 das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt und diese Regelungen nunmehr erweitert werden.

Anlage 3

**Gegenäußerung der Bundesregierung
zur Stellungnahme des Bundesrates**

Die Bundesregierung teilt nicht die Auffassung, daß das Gesetz der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Das Beitritts-Übereinkommen enthält selbst keine Regelung des Verwaltungsverfahrens der Länder im Sinne des Artikels 84 Abs. 1 GG; es führt lediglich zu einer Erweiterung des Geltungsbereichs der im Schengener Übereinkommen von 1990 enthaltenen Verfahrensregelungen auf die beitretende Griechische Republik. Dieser Sachverhalt stellt keinen eine Zustimmungsbedürftigkeit des Gesetzes auslösenden „erneuten Einbruch in die Verwaltungszuständigkeit der Länder“ dar (BVerfGE 75, 108, 153).

